



Integrationsausschuss

18. Sitzung (öffentlich)

6. November 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:00 Uhr bis 14:50 Uhr

Vorsitz: Arif Ünal (GRÜNE)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz
2014)** **6**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3800
Vorlagen 16/1072 und 16/1321

Der im Zuständigkeitsbereich des Integrationsausschusses befindliche Teil des Einzelplans 11 wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Piraten bei Nichtanwesenheit der FDP-Fraktion angenommen.

2 Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes 8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2723
APr 16/281

Der Ausschuss beschließt, die abschließende Beratung zu vertagen.

3 Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes 9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4139

Mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP sowie bei Stimmenthaltung der Piraten stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.

4 Regelung zur Verleihung von Körperschaftsrechten an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (Körperschaftsstatusgesetz) 10

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU
der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4151

Der Ausschuss beschließt, sich im Rahmen einer Pflichtsitzung an der Anhörung im federführenden Hauptausschuss zu beteiligen.

**5 Unser Land braucht eine Neukonzeption der Flüchtlingsaufnahme –
hin zu einer humanen und dezentralen Unterbringung in ganz NRW 11**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4164

Der Ausschuss beschließt, sich im Rahmen einer
Pflichtsitzung an einer eventuellen Anhörung im
federführenden Ausschuss zu beteiligen.

**6 60 Jahre Bundesvertriebenengesetz – 50 Jahre Gerhart-Hauptmann-
Haus erinnern an die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation 12**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3443

Der Ausschuss beschließt, den Antrag ohne Votum an den
federführenden Ausschuss abzugeben.

7 Aufnahme syrischer Flüchtlinge 14

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/1330

- Bericht durch Minister Guntram Schneider (MAIS) 14
- Aussprache 15

8 Verschiedenes 22

3 Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4139

Vorsitzender Arif Ünal teilt mit, der Landtag habe in seiner 42. Sitzung am 17. Oktober 2013 den Gesetzentwurf federführend an den Innenausschuss sowie an drei Ausschüsse, unter anderem an den Integrationsausschuss, zur Mitberatung überwiesen.

Der Integrationsausschuss befasse sich mit dem Gesetzentwurf erstmals. Der Innenausschuss werde zu diesem Gesetzentwurf voraussichtlich keine Anhörung durchführen.

Bernhard von Grünberg (SPD) begrüßt den Gesetzentwurf der Landesregierung. Es müsse darum gehen, weitere Unterbringungsmöglichkeiten zu finden, um die Stausituation in den zentralen Einrichtungen aufzulösen.

Darüber hinaus gehe es darum, den Kommunen mehr finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen, da aufgrund der Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes die Aufwendungen der Kommunen gestiegen seien.

Andrea Milz (CDU) lässt verlauten, ihre Fraktion werde den Gesetzentwurf der Landesregierung ablehnen, da dieser zu kurz greife. Mit diesem Gesetzentwurf würden die Probleme der Kommunen nicht gelöst. In diesem Zusammenhang verweise sie darauf, dass die Kostenerstattung nicht aufgrund der aktuellen Flüchtlingszahlen erfolge, sondern immer aufgrund der Zahlen des Vorjahres, sodass die Kommunen in Vorleistung treten müssten, wenn die Flüchtlingszahlen im aktuellen Jahr stiegen. Dies sehe ihre Fraktion als ein großes Problem an.

Simone Brand (PIRATEN) kündigt an, dass sie sich enthalten werde. Gründe dafür seien, dass Deutschkurse von Anfang an, die dezentrale und urbane Unterbringung der Flüchtlinge und eine qualifizierte flüchtlingspezifische soziale Beratung und Betreuung fehlten.

Mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP sowie bei Stimmenthaltung der Piraten stimmt der **Ausschuss** dem Gesetzentwurf zu.

